



14. Januar 2022

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Bundestag stimmt für neue Quarantäneregeln**
- **Zeitplan für Impfpflicht-Entscheidung steht**
- **In Pflegeheimen gilt ab Mitte März die Impfpflicht**
- **Esther Dilcher zur stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt**
- **Esther Dilcher in den Rechnungsprüfungsausschuss berufen**
- **Gemeinsame Landesgruppensitzung**
- **Pandemieschutz im Bundestag**
- **Gratulation an Claudia Moll**

Bundestag stimmt für neue Quarantäneregeln

Der Bundestag hat die Voraussetzungen für die Umsetzung der Bund-Länder-Beschlüsse zu neuen Quarantäne-Regeln geschaffen. Der Bundestag billigte die von der Bundesregierung beschlossene Schutzmaßnahmen-Ausnahmeverordnung, mit der der Rahmen für die geplanten Neuerungen gesetzt wird. Auch der Bundesrat hat sich dieser Entscheidung angeschlossen.

Umgesetzt werden müssen die neuen Quarantäne- und Isolationsregeln durch Länderverordnungen, die sich bereits in Vorbereitung befinden. Kontaktpersonen, die geboostert sind, sollen demnach künftig nicht mehr in Quarantäne gehen müssen. Für all jene, die nicht geboostert sind, sollen die Isolation wegen einer Infektion und die Quarantäne für Kontaktpersonen in der Regel nach zehn Tagen enden.



Auch um drohende Personalknappheit in wichtigen Wirtschafts- und Versorgungsbereichen zu verhindern, ist im Falle einer Infektion oder als Kontaktperson das "Freitesten" nach sieben Tagen durch einen PCR- oder zertifizierten Antigen-Schnelltest möglich.

Um die besonders gefährdeten Gruppen in Krankenhäusern, Pflegeheimen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe wirksam zu schützen, kann die Isolation für die Beschäftigten nach einer Infektion nach sieben Tagen durch einen obligatorischen PCR-Test beendet werden, sofern die Betroffenen zuvor 48 Stunden symptomfrei waren.

Für Schülerinnen und Schüler sowie Kitakinder kann die Quarantäne als Kontaktperson bereits nach fünf Tagen durch einen PCR- oder Antigen-Schnelltest beendet werden, da sie regelmäßig getestet werden.

Zeitplan für Impfpflicht-Entscheidung steht



Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat sich wie auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sowie der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Rolf Mützenich, für die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ausgesprochen.

Gesundheitsminister Lauterbach betonte, dass langfristig die Pandemie in Deutschland nur beendet werden kann,

wenn der allergrößte Teil der Bevölkerung so geimpft ist, dass schwere Verläufe auch mit neuen Varianten nicht mehr erwartet werden können. Der sicherste und schnellste Weg aus der Pandemie heraus sei die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht in Deutschland.

Die Bundesregierung will allerdings keinen eigenen Gesetzesvorschlag vorlegen, sondern dies den Abgeordneten überlassen. Die Orientierungsdebatte dazu soll in der letzten Januarwoche stattfinden und SPD-Abgeordnete werden dann bereits Eckpunkte als Basis für einen fraktionsübergreifenden Gruppenantrag für die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht vorlegen. Bis Ende März soll dann darüber abgestimmt werden.

In Pflegeheimen gilt ab Mitte März die Impfpflicht

Die Ampelfraktionen haben eine einrichtungsbezogene Impfpflicht beschlossen, etwa für Mitarbeiter in Pflege- und Altenheimen. Zudem können die Länder flächendeckend gastronomische Einrichtungen schließen.

Die Ampelfraktionen haben am vergangenen Freitag bereits neue Regeln zur Eindämmung der Corona-Pandemie beschlossen. Zentral ist die Einführung einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht für Beschäftigte, die in einer besonderen Nähe zu besonders verletzlichen Personen arbeiten, aber auch Maßnahmen zur Beschleunigung von Auffrischungsimpfungen und die Möglichkeit für die Länder, Schließungen der Gastronomie sowie Freizeit- und Kultureinrichtungen anzuordnen.

Menschen, die aufgrund ihres Alters oder ihres Gesundheitszustandes ein besonders hohes Infektionsrisiko und ein besonders hohes Risiko für einen schweren oder tödlichen Krankheitsverlauf haben, sollen besser geschützt werden. Ungeimpftes Personal stellt aufgrund der besonderen Nähe zu den anvertrauten Menschen in Einrichtungen ein zusätzliches Risiko dar.



Deshalb sollen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einrichtungsbezogen beispielsweise in Krankenhäusern, Tageskliniken, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, Entbindungseinrichtungen, Rettungsdiensten, voll- oder teilstationären Pflegeeinrichtungen oder in Einrichtungen der Eingliederungshilfe zum Nachweis einer COVID-19-Impfung verpflichtet werden, sofern keine medizinische Kontraindikation gegen die Impfung vorliegt.

Bis zum 15. März 2022 muss das in den Einrichtungen bereits beschäftigte Personal nachweisen, dass es genesen oder vollständig geimpft ist. Ab dem 16. März 2022 gilt dies auch für Beschäftigte, die eine Tätigkeit in einer der genannten Einrichtung aufnehmen wollen.



Esther Dilcher zur stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt

Der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung hat Esther Dilcher am Donnerstag zu seiner stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Esther Dilcher: „Ich freue mich sehr, dass meine Fraktion mich für dieses Amt nominiert hat und bin auf diese neue Aufgabe gespannt. Die Arbeit des Ausschusses wird in dieser Legislatur sehr umfangreich sein. Das betrifft nicht nur die Eingaben zur Bundestagswahl, sondern vor allem die Geschäftsordnung, die überarbeitet werden soll.“

Leider muss sich der Ausschuss auch immer wieder mit unerfreulichen Dingen befassen. So haben wir am Donnerstag dem Bundestag empfohlen, die Immunität eines AfD-Abgeordneten aufzuheben, um der Justiz die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens zu ermöglichen. Der Bundestag ist dem noch am selben Tag gefolgt, was ich sehr begrüße.“

Esther Dilcher in den Rechnungsprüfungsausschuss berufen

Der Haushaltsausschuss hat in seiner 1. Sitzung im Jahr den Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) eingesetzt. Die SPD stellt dort den Ausschussvorsitzenden mit Martin Gerster und fünf weitere Mitglieder von insgesamt neunzehn.

Jedes Mitglied erhält eine Berichterstattung, ist also für ein bestimmtes Thema des Bundeshaushalts verantwortlich. Esther Dilcher wird zuständig sein

für den Haushalt des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV).

Wenn im Haushaltsausschuss die Entscheidung getroffen werden, wofür wir in der Bundesrepublik Deutschland Geld ausgeben, so kontrolliert der Rechnungsprüfungsausschuss den Vollzug der Ausgaben. Dazu arbeiten die Mitglieder eng mit dem Bundesrechnungshof zusammen, der für die tatsächliche Überprüfung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes zuständig ist und den Rechnungsprüfungsausschuss über alle zu prüfenden Vorgänge unterrichtet. Konkret heißt das, dass alle Vorgänge, die das BMUV betreffen, von Esther Dilcher geprüft werden und sie Gespräche mit dem Ministerium und dem Bundesrechnungshof führen wird, um Sachverhalte aufzuklären.



Gemeinsame Landesgruppensitzung

Der Montagabend gehört der Landesgruppe. Um 19 Uhr treffen sich die hessischen SPD-Abgeordneten in der Landesvertretung Hessen oder, wie zur Zeit, per WebEx.

Oft werden auch Gäste eingeladen. Es geht dann um die aktuelle Bundespolitik, die Auswirkungen auf Hessen oder um gemeinsame Anliegen, die vorangebracht werden sollen.

In dieser Woche standen zuerst organisatorische Fragen auf der Tagesordnung, anschließend die aktuellen Themen:



Heizkostenzuschuss, Taxonomie und welche Verkehrsprojekte sind voranzubringen? Nach einer kurzen Pause schalteten sich die eingeladenen Gäste dazu: Die Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die GRÜNEN aus Hessen.

Und auch hier wurde es noch einmal politisch. Die anstehende Gesetzgebung zur Impfpflicht, die an immer mehr Orten mit zunehmender Aggression abgehaltenen „Coronaspaziergänge“ und die Notwendigkeit einer guten Kommunikation wurden besprochen.

Alle waren sich einig: Virtuelle Treffen sind gut, aber persönliche besser. Das Treffen soll spätestens im Sommer wiederholt werden- bei Ahler Worscht und hessischem Wein im Garten der Landesvertretung.

Pandemieschutz im Bundestag

Am vergangenen Mittwoch sind verschärfte Maßnahmen zum Schutz der Funktionsfähigkeit des Deutschen Bundestages in Kraft getreten. So müssen nun in sämtlichen Liegenschaften des Bundestages ausschließlich FFP2-Masken getragen werden.

Abgenommen werden darf diese nur während der Redebeiträge im Plenum. Wegen der abweichenden Raumsituation darf sie dagegen in den Ausschüssen auch bei Wortbeiträgen nicht abgenommen werden. Auch die Zugangsregeln wurden angepasst.

Den Plenarsaal dürfen bei Plenarsitzungen nur Personen betreten, die geboostert sind (= drei Impfungen oder genesen und zweifach geimpft). Ausreichend ist auch eine doppelte Impfung (bzw. genesen und einmal geimpft) sofern ein negativer Antigen-Schnelltest vorgelegt werden kann.

Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke begrüßen diese Regelungen. Sie gehen gerne mit gutem Beispiel voran. Schließlich würden die gleichen Regeln von der Gastronomie und anderen auch verlangt. Die AfD dagegen, war am Mittwoch auf Krawall gebürstet. Sie sprach von „faschistoiden Maßnahmen“ und störte die Regierungserklärung des Bundeskanzlers mit einer Plakataktion und hielt dabei bewusst die Abstandsregelung nicht ein. Diese unangemessene Begrifflichkeit weist Esther Dilcher aufs Schärfste zurück. Keinem Abgeordneten werde die Teilnahme am Plenum verwehrt. Für die nicht geimpften/genesenen Abgeordneten bestehe die Möglichkeit der Teilnahme an Plenar- und Ausschusssitzungen von der Tribüne aus, sofern sie einen aktuellen negativen Antigen-Schnelltest vorweisen könnten. Alternativ bestünde auch die Möglichkeit per Videokonferenz an den Ausschusssitzungen teilzunehmen.

Ohne entsprechendes Testergebnis kommt auch eine Sitzungsteilnahme von der Tribüne aus künftig nicht mehr in Betracht. Deswegen ein großes Dankeschön an unsere engagierte und resolute Parlamentspräsidentin **Bärbel Bas** (Bild) diese Regelungen anzuordnen und auch klar und deutlich einzufordern. Sehr sehenswert, ab Minute 21 geht es los: [Deutscher Bundestag - Mediathek](#)



Gratulation an Claudia Moll

Das Bundeskabinett hat die Bundestagsabgeordnete Claudia Moll zur neuen Bevollmächtigten der Bundesregierung für Pflege ernannt.

Esther Dilcher: “Ich weiß, dass das für Claudia Moll eine Herzensaufgabe ist. Sie bringt dabei nicht nur Herz, sondern die höchste Kompetenz mit. Seit vier Jahren setzt sie sich politisch im Bundestag für gute Pflege ein. Dabei weiß sie aus 30 Jahren Arbeitsleben als Pflegerin genau wovon sie spricht. Ich freue mich, dass dieses Amt mit so viel Fachwissen besetzt ist und gratuliere Claudia Moll ganz herzlich.”

Da Claudia Moll diese Woche auch das erste Mal Oma geworden sei, „war diese Woche für die neue Pflegebevollmächtigte doppelt aufregend“, weiß Esther Dilcher. „Herzlichen Glückwunsch zur Ankunft des neuen Erdenbürgers, für den es von mir natürlich den SPD-Bären Ben gab“.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:
Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:
Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de



Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 estockiausdel unter [Germany Parliament Government - Free photo on Pixabay](#), 3 geralt unter [Covid Omicron Variant - Free image on Pixabay](#), Seite 4 oben mohamed_hassan unter [Virus Protection Coronavirus - Free photo on Pixabay](#), unten photothek, Seite 5 SPD-Landesgruppe Hessen, Seite 6 Esther Dilcher, Seite 7 photothek, Seite 8 Esther Dilcher.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.